

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 7. April 2008

### **Populismus siegt über rentenpolitische Glaubwürdigkeit Bis 2030 drohen der Rentenkasse Mehrkosten in Höhe von 115 Mrd. Euro**

„Die außerplanmäßige Rentenerhöhung wird sich nicht auf zwei Jahre beschränken“, prophezeit Prof. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft. Er hat daher in zwei Szenarien die Mehrausgaben berechnet, die durch Aussetzen der so genannten „Riester-Treppe“ bei der Gesetzlichen Rentenversicherung anfallen. Wenn man, wie es die Bundesregierung jetzt vorsieht, die „Riester-Treppe“ „nur“ um zwei Jahre aussetzt, kostet dieses Wahlgeschenk 12,9 Mrd. Euro. Im weitaus wahrscheinlicheren Fall, dass die jetzige Verschiebung den Einstieg in den vollständigen Ausstieg aus der „Riester-Treppe“ bedeutet, häufen sich bis zum Jahr 2030 Gesamtkosten in Höhe von 115 Mrd. Euro<sup>1</sup> an. Das entspricht fast dem Zehnfachen des gerade in den Medien kursierenden Betrages. „Alle vorausgegangenen Bemühungen zur Sicherung der Rente sind dann wieder zunichte gemacht,“ so das Fazit der Stiftung Marktwirtschaft.

„Wer glaubt im Ernst, dass eine Regierung vor der Bundestagswahl im Jahr 2013 den zuvor gerade ausgesetzten Riesterfaktor wieder gelten lässt?“ fragt Bernd Raffelhüschen. Auch vor der nächsten Bundestagswahl wird den Ruheständlern eine außerplanmäßige Rentenerhöhung entgegen aller Vernunft versprochen werden. Denn wieso soll dann die Rentendisziplin politisch möglich sein, zu der schon heute bei breitester parlamentarischer Mehrheit schlichtweg der Mut fehlt? Ist das mühsam eingeführte Prinzip der Generationengerechtigkeit erst durchlöchert, werden weitere Versuchungen folgen. Geltendes Rentenrecht wird so kurzfristig und mit Blick auf die anstehenden Wahlen für wohl lange Zeit ausgehebelt. Dann lässt sich auch eine Erhöhung des Beitragssatzes allemal nicht vermeiden.

Das Bundesarbeitsministerium erklärt auf seiner Homepage zweifelsfrei, dass die reguläre Rentenerhöhung ohne Aussetzen der Riestertreppe deutlich unterhalb der Lohnentwicklung der Erwerbstätigen läge. Die Generation der heutigen Erwerbstätigen muss aber aus ihren Löhnen eine ergänzende Altersvorsorge – egal ob privat, betrieblich oder durch mietfreies Wohnen im Alter – vornehmen. Diese private Altersvorsorge ist damit Teil der Vorsorgeanstrengungen, die heutigen Erwerbstätigen abverlangt wird, damit sie einmal dasselbe Versorgungsniveau realisieren können wie die heutigen Rentner.

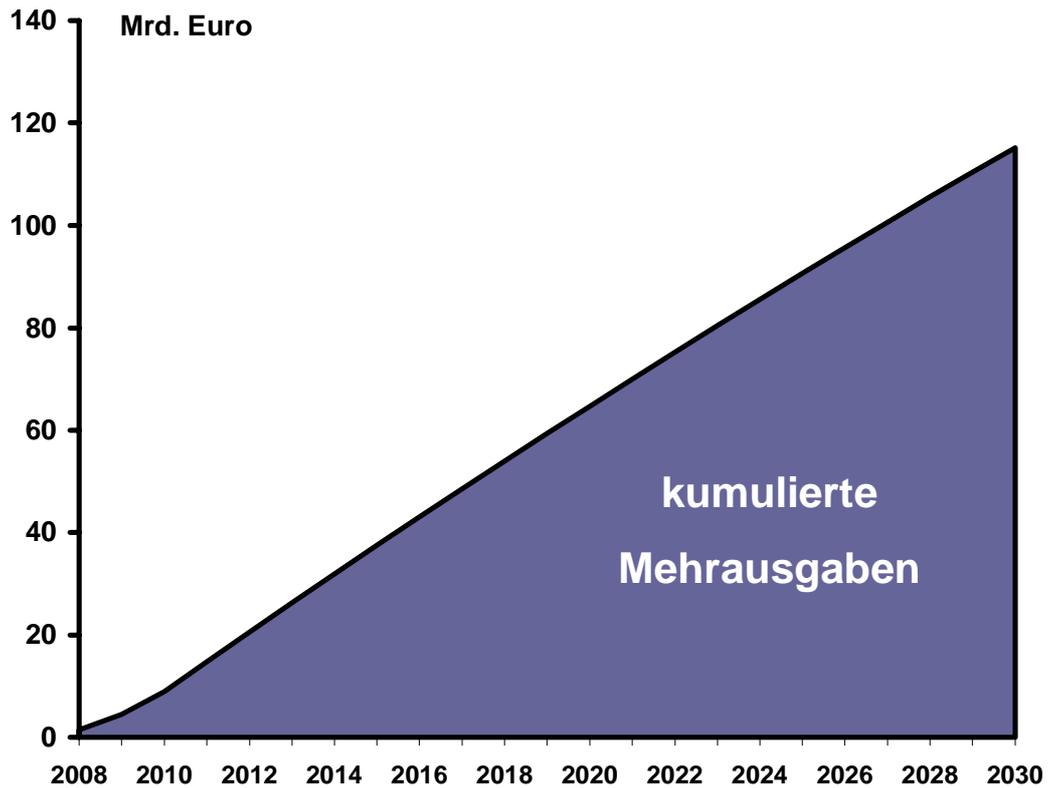
Da die Erwerbstätigen 2006/07 eine Lohnerhöhung um 1,4 Prozent erhielten, aber zwei Drittel davon für erhöhte Altersvorsorgeaufwendungen verschlungen wurden, bleibt nur eine Rentenerhöhung von 0,5 Prozent übrig. Und genau diese Erhöhung wäre nach dem heutigen Recht auch an die Rentner weitergegeben worden. Von dieser Fairness bleibt nichts mehr übrig, wenn man nunmehr denjenigen, die die Renten von heute finanzieren, sagt, dass man die Rentner bevorzugen muss, um die nächste Wahl zu gewinnen. Dieser Populismus dürfte sich nach aller politischen Erfahrung fortsetzen und die Beitragszahler mit insgesamt 115 Mrd. Euro bis ins Jahr 2030 hinein belasten. Und ganz nebenbei verlieren das eigentlich gerechte und inzwischen auch nachhaltig finanzierbare System für Rentner wie auch Erwerbstätige und nicht zuletzt die Politik immer mehr an Glaubwürdigkeit.

---

<sup>1</sup> Annahmen: Inflation: 1,5% pro Jahr; Reallohnwachstum: 1,5%; realer Diskontsatz: 3,0%.

## Die Mehrkosten

Diagramm: Kumulierte Mehrausgaben durch ein dauerhaftes Aussetzen der Entwicklung des Altersvorsorge-Anteils (AVA) in der Rentenformel („Riester-Treppe“), in Mrd. Euro (Barwert)



Annahmen: Inflation: 1,5% pro Jahr; Reallohnwachstum: 1,5%; realer Diskontsatz: 3,0%.

Der Barwert gibt den Wert an, den zukünftig anfallende Zahlungen in der Gegenwart besitzen.

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge und Stiftung Marktwirtschaft

**Tabelle: Mehrausgaben pro Jahr durch höhere Rentensteigerungen in Mrd. Euro**

<b>Jahr</b>	<b>Aussetzung</b>	<b>Abschaffung „Riester-Treppe“<sup>2</sup></b>
2008	1,510	1,510
2009	3,131	2,996
2010	3,248	4,462
2011	3,341	5,856
2012	1,720	5,768
2013	0,000	5,684
2014	0,000	5,638
2015	0,000	5,593
2016	0,000	5,545
2017	0,000	5,494
2018	0,000	5,444
2019	0,000	5,393
2020	0,000	5,344
2021	0,000	5,290
2022	0,000	5,236
2023	0,000	5,180
2024	0,000	5,126
2025	0,000	5,069
2026	0,000	5,012
2027	0,000	4,957
2028	0,000	4,901
2029	0,000	4,845
2030	0,000	4,788
<b>Summe</b>	<b>12,950</b>	<b>115,132</b>

<sup>2</sup> Hier handelt es sich um Barwerte.

---

Ihr Ansprechpartner:

Dr. Guido Raddatz  
 Stiftung Marktwirtschaft  
 Charlottenstraße 60  
 10117 Berlin

Telefon 030 – 20 60 57 - 32  
 Fax 030 – 20 60 57 - 57  
 E-Mail: [raddatz@stiftung-marktwirtschaft.de](mailto:raddatz@stiftung-marktwirtschaft.de)  
 Internet: [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)